

Nr. 21/14 vom 11.06.2021

„Energy Chat in der Reinhardt“ zur Bundestagswahl 2021

## **Das Wahlprogramm 2021 der FDP auf dem Prüfstand - welche energie- und klimaschutzpolitischen Aussagen werden getroffen?**

**Berlin. Wie bereits anlässlich der Bundestagswahlen im Jahr 2017 stellt das Forum für Zukunftsenergien auch im Wahljahr 2021 die Wahlprogramme einiger Parteien auf den Prüfstand. Zum Auftakt wurde am 7. Juni 2021 mit Michael Theurer, MdB, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, diskutiert.**

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werde ein verlässlicher regulatorischer Rahmen benötigt, der über das Jahr 2030 hinaus Gültigkeit hat, betonte Michael Theurer, MdB, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeiten für Arbeit und Soziales, Gesundheit, Tourismus, Wirtschaft und Energie, im Gespräch mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V. Theurer kritisierte die „dirigistischen Eingriffe“ und kleinteiligen Ziele der Bundesregierung in der Klima- und Energiepolitik. Demgegenüber setze die FDP auf einen Emissionshandel mit CO<sub>2</sub>-Deckel und klaren Preissignalen. Sofortmaßnahmen in einzelnen Sektoren würden somit überflüssig. Ein solcher CO<sub>2</sub>-Deckel zeige bereits im Stromsektor Wirkung; insofern wäre es klug, auch die Sektoren Verkehr, Wärme und Landwirtschaft einzubeziehen. Beim diskutierten EU-Grenzausgleichsmechanismus stecke der Teufel im Detail. Verhindert werden müsse eine zusätzliche bürokratische Belastung für Industrieunternehmen. Sinnvoller sei ein globaler Emissionshandel. Da dessen Verwirklichung jedoch wohl erst in ferner Zukunft erfolge, sollte zunächst mit einer „Klimakoalition der Willigen“, zu der auch die USA zählten, begonnen werden, so Theurer.

Es sei klar, dass eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu finanziellen Belastungen der Verbraucher führen werde, gerade auch mit Blick auf die Benzinpreise und die Raumwärme – hier müsse die Politik sich „ehrlich“ machen. Zur Kompensation schlage die FDP vor, die Einnahmen aus dem ETS zur Absenkung bzw. zur Abschaffung der EEG-Umlage zu verwenden. Darüber hinaus gehende Einnahmen aus dem ETS sollen den Bürgern in Form einer „Klimadividende“ zurückgezahlt werden, erläuterte Theurer. Eine Benzinpreisbremse sei hingegen nicht sinnvoll, wenn der Verkehr in den Emissionshandel integriert werde, so Theurer.

Die FDP setze mit ihrem Wahlprogramm auf Innovationen; ein Verbot bestimmter Technologien lehne sie ab. Nur so könnten Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand mit Klimaneutralität verbunden werden – beispielhaft verwies Theurer auf die Entwicklung von E-Fuels. Das gelte auch mit Blick auf die verschiedenen Möglichkeiten zum Heizen. Um die Gebäudesanierung anzureizen, sollten energetische Investitionen, auch durch die Mieter mitfinanziert werden. Zudem plädierte Theurer dafür, die Bauvorschriften des Bundes und der Länder so anzupassen, dass die Aufstockung von Gebäuden in Leichtbauweise vereinfacht werde. Dadurch könne zusätzlicher Wohnraum geschaffen und gleichzeitig eine Sanierung einfacher durchgeführt werden.

Um die Klimaneutralität im Rahmen industrieller Prozesse zu erreichen, benötige es u.a. große Mengen an Wasserstoff, die nicht ausschließlich im Inland hergestellt und deshalb entsprechend dem Bedarf importiert werden müssten. In diesem Kontext sprach er sich dezidiert gegen das von der Bundesregierung geplante Lieferkettengesetz aus und stellte die Frage, inwieweit es infolge der Anwendung des Gesetzes zukünftig womöglich

aufgrund von Engpässen bei der Einfuhr von energetischen Rohstoffen aus bestimmten Ländern zu Versorgungsengpässen kommen könnte.

Theurer stellte klar, dass die FDP die Notwendigkeit sehe, neben grünem Wasserstoff auch blauen und türkisen Wasserstoff einzusetzen. Damit einher gehe die Notwendigkeit, die CCS-Technologie zu akzeptieren und ihr zum internationalen Durchbruch zu verhelfen. Nur dann bestehe die Aussicht, den Klimaschutz voranzubringen. Er plädierte ferner für eine einheitliche Regulierung der Gas- und Wasserstoffnetze. Um den direkten Einsatz von erneuerbarem Strom in Industrieunternehmen zu unterstützen, forderte Theurer, die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom von der EEG-Umlage zu befreien.

Zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien sprach sich Theurer u.a. für eine Festschreibung von Stromtrassen per Gesetz und eine Beschleunigung der Planungsverfahren aus. Angesichts des gewachsenen Gesamtinteresses an mehr Klimaschutz sollten die in den letzten Jahren ausgeweiteten Einspruchsmöglichkeiten und Verbandsklagerechte wieder eingeschränkt werden, denn ohne kurzfristige Fertigstellung der notwendigen Stromleitungen sei Klimaschutz nicht erreichbar. Europäischen Vorgaben die Planverfahren betreffend sollten eins zu eins umgesetzt und nicht durch weitergehende Anforderungen im Zuge der Umsetzung in deutsches Recht noch anspruchsvoller ausgestaltet werden. Um die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt zu erhöhen, müsse ein fairer Interessenausgleich geschaffen werden. Gleichzeitig dürften Einzelinteressen Vorhaben im Gemeinwohlinteresse nicht aufhalten, stellte Theurer klar. Auch finanzielle Anreize für die Kommunen müssten genutzt werden. Er zeigte sich zudem optimistisch, dass die Versorgungssicherheit in einem funktionierenden europäischen Binnenmarkt auch zukünftig gewährleistet sein werde.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
zukunftsenergien.de  
Twitter @FfZeV  
LinkedIn @FfZeV